

**Sehr geehrte Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Ratsherren und Ratsherrinnen,**

wir, die afghanischen Einwohner*innen von Göttingen wenden uns mit diesem offenen Brief an Sie mit der Bitte um Unterstützung.

Mit großer Verzweiflung und Sorge um unsere Angehörigen in Afghanistan verfolgen wir die dortige Entwicklung. Jeden Tag, jede Nacht bekommen wir verzweifelte Anrufe oder Nachrichten von unseren Familien. Aus Angst vor den Taliban leben sie versteckt, ohne Möglichkeit, ihr Einkommen zu sichern. Sie müssen die Vergeltungs- und Racheschläge der Taliban aus unterschiedlichen Gründen fürchten. Manche haben mit deutschen oder internationalen Organisationen zusammengearbeitet oder mit der afghanischen Regierung. Andere haben schon seit langem gegen die Taliban gekämpft. Viele haben junge Töchter, denen die Zwangsverheiratung mit Taliban droht. Gerade die Frauen in unseren Familien leben unter besonderen Repressionen: sie dürfen nicht mehr arbeiten, müssen eine Burka tragen, dürfen nicht mehr singen, sie dürfen nicht mehr auf die Straße gehen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Es gibt viele Gründe, warum unsere Angehörigen gefährdet sind.

Die meisten von uns haben für ihre Angehörigen schon mails an das Auswärtige Amt geschickt. Aber niemand hat eine Antwort erhalten. Jetzt sind die mailadressen des AA nicht mehr aktiv. Wir wissen nicht, wo wir Menschen überhaupt noch auf Evakuierungslisten setzen können oder was mit denen passiert, die bereits „angemeldet“ worden sind.

Das können wir nicht so nicht hinnehmen.

Wir überreichen Ihnen die Formulare mit den Namen und Daten unserer Angehörigen und Freund*innen. Genau diese Formulare hatte auch das AA verwendet.

Warum geben wir Ihnen diese Listen? **Schicken Sie diese Listen bitte an das Auswärtige Amt. Setzen Sie sich dafür ein, dass sie evakuiert werden.** Die deutsche Regierung darf unsere Leute jetzt nicht ein zweites und drittes Mal im Stich lassen. Zu viele von uns in Afghanistan haben schon ihr Leben verloren.

Fordern Sie die Regierungen von Bund und Niedersachsen auf, sofort ein Sonderaufnahmeprogramm zu erlassen!

Fordern Sie die Bundesregierung auf, weiterhin Evakuierungen durchzuführen!

Fordern Sie auch, dass wir, die wir hier bereits leben, endlich ein gesichertes Bleiberecht bekommen!

Setzen Sie sich für ein sofortiges Hilfsprogramm ein. In Afghanistan werden aus purer Verzweiflung schon Kinder verkauft und Frauen müssen sich prostituieren.

Fordern Sie, dass der Familiennachzug beschleunigt wird!

Und fordern Sie auch, dass Geflüchtete, die an der belarussischen-polnischen Grenze gefangen gehalten werden, hier aufgenommen werden!